

Pressemitteilung

Main-Kinzig

Kreistagsfraktion Main Kinzig

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

Tel. 06055/906070
mobil 0174/3019484
e-mail andreas.mueller@linksfraktion-mkk.de
web www.linksfraktion-mkk.de

10. Dezember 2007

Schlechte Zeiten für Kinder, Behinderte und Hartz IV Empfänger

Main-Kinzig. „Weihnachten ist in diesem Land für viele das wichtigste Familienfest. Ein solches Fest ist mit höheren Ausgaben verbunden, die vom Hartz-IV-Regelsatz nicht zu bestreiten sind - von den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes ganz zu schweigen. So sind in der Einkommens- und Verbrauchstichprobe, die der Ermittlung des Regelsatzes zu Grund lag, für Geschenke an Kinder gerade mal 1,47 Euro im Monat eingeplant“, erklärte Andreas Müller, Landtagsdirektkandidat im Wahlkreis Hanau-Land.

Das alte Bundessozialhilfegesetz beinhaltete aus gutem Grund eine Weihnachtsbeihilfe. Leider sieht die Hartz-IV-Gesetzgebung bisher keine Weihnachtsbeihilfe vor. Das soll sich nun ändern. Auch Menschen, die aufs Arbeitslosengeld II bzw. auf Asyl angewiesen sind, sollten in der Lage sein, mit ihren Lieben ein schönes Weihnachtsfest zu feiern.

Zu einem solchen Fest gehört natürlich viel mehr als Geld. Aber ganz ohne Geld lässt sich kein Fest ausrichten. Deswegen forderte die LINKE eine Weihnachtsbeihilfe von 40 Euro.

Die Kreistagsfraktion DIE LINKE hatte deshalb eine parlamentarische Initiative zur Einführung einer Weihnachtsbeihilfe von 40 Euro für Arbeitslosengeld-II-Beziehende und Asylsuchende gestartet. Ein entsprechender Antrag stand in der Kreistagssitzung am 07. Dezember 2007 zur Abstimmung. Ohne Aussprache lehnte die große Koalition den Antrag ab.

Als schwarzen Tag auch für Schulkinder bezeichnet Müller die Ablehnung eines Antrags zur Aufstellung von Wasserspendern in den Schulen des Main Kinzig Kreises. Eine regelmäßige und gesunde Ernährung sei eine wichtige Voraussetzung für die körperliche und geistige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt auch für eine ausreichende Flüssigkeitsaufnahme: Kinder und Jugendliche sollen täglich mindestens 1 bis 1,5 l Flüssigkeit zu sich nehmen. Durch die Einrichtung von Schulen mit Ganztagsangeboten sowie durch G8 sei es notwendig, dass das Mittagessen in den Schulen eingenommen wird. Auch für ein ausreichendes Angebot an geeigneten Getränken müsse deshalb gesorgt sein. Leider treffe aber für den Bereich der Getränke die gleiche Problematik zu, wie bereits beim Mittagessen: Die Kinder einkommensschwacher Familien werden benachteiligt. Bei unter 14-jährigen sind im Hartz IV-Regelsatz pro Tag 0,24 Euro für Getränke vorgesehen. Bei den durchschnittlich anzutreffenden Getränkepreisen ist dies für eine angemessene Versorgung in der Regel unzureichend. So wie es, unabhängig vom finanziellen Status ihrer Eltern, allen Schülerinnen und Schülern möglich sein muss, an der Mittagsverpflegung teilzunehmen, so muss auch allen Schülerinnen und Schülern eine

ausreichende Flüssigkeitsaufnahme ermöglicht werden. Ein Mittel hierzu sei die Aufstellung von kostenlosen Wasserspendern in den Schulen oder die Wiederinbetriebnahme von Trinkwasserspendern in den Schulen. Diese seien an vielen Schulen noch vorhanden. Müller führt hier die eigenen Erfahrungen an, während es vor einigen Jahren noch problemlos gewesen sei, dass Eltern eine Kiste Wasser in die Klassenräume stellten, sei dies heute in vielen Fällen nicht mehr möglich, da nicht mehr alle Eltern mitmachten. In der Regel fehle das Geld, was aus Scham nicht zugegeben werde.

Auch hier sei die Mehrheit des Kreistages mit zum Teil ins lächerlich gehenden Bemerkungen nicht in der Lage gewesen, sich mit der Problematik inhaltlich auseinander zu setzen, stellen die LINKEN fest.

Diese Politik setze sich dann auch bei der Ablehnung des Antrages fort, mit dem mobilitätseingeschränkte Menschen (z.B. Menschen mit Gehhilfen) in die Lage versetzt werden sollten, das Forum und das Gebäude der AQA selbst bestimmt, d.h. ohne fremde Hilfen, aufsuchen zu können. Die LINKE verlangte im Forum die Verbindungstüren zu den Fluren mit elektrischen Türöffnern zu versehen und die „Rollstuhlrampe“ für alle Rollstuhlfahrer nutzbar zu machen. Bereits bei einem Ortstermin am 08.06.2006 wurden die Türen als nicht behindertengerecht eingestuft. Seitens der Verwaltung wurde zugesichert, sich der Problematik an zunehmen und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Es ist davon auszugehen, dass diese Problematik aus Kostengründen ignoriert wird. Auch die Rampe vor der AQA wurde als nicht zufrieden stellend bezeichnet. Für die Sprecherin der LINKEN Angelika Silberling-Antoni, ist es ein Skandal, dass bei der Planung des millionenteuren Neubaus die gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheit nicht eingehalten wurde und eine Nachrüstung nun aus Kostengründen verweigert wird.

Andreas Müller

DIE LINKE. Fraktion Main-Kinzig